(C)

15340

## (Minister Kniola)

(A)

geplanten Einführung einer Vignette am 1. Januar 1995 durch den Bund aber leider nicht erfolgt. Vielleicht sprechen Sie einmal bei Ihren Parteifreunden auf Bundesebene dieses Problem an. Es ist für das Land von großer Bedeutung.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. -Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Vorgeschlagen ist die Überweisung des Antrags an den Verkehrsausschuß - federführend - und an den Ausschuß "Mensch und Technik" - mitberatend. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

## Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes

Gesetzentwurf (B) der Landesregierung Drucksache 11/5673

> Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge Drucksache 11/6630

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuß empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 11/6630, den Gesetzentwurf in der von ihm beschlossenen Fassung anzunehmen. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das

Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

## Merkmal "Ausländer" aus Kriminalstatistik entfernen

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/5628

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung Drucksache 11/6590

Ich verweise auf den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/6690, eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Moron das Wort.

Abgeordneter Moron (SPD)\*): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN hat mit ihrem Antrag sicherlich ein schwieriges Problem angesprochen, nämlich den Mißbrauch statistischer Daten, insbesondere wenn sie sich auf Ausländer und auf Ausländerkriminalität beziehen, in der Politik.

Aber der Vorschlag, auf solche statistischen Daten künftig einfach zu verzichten, sie entweder nicht zu erheben oder nicht zu veröffentlichen, ist sicherlich nicht der richtige Weg, um mit diesem Problem fertig zu werden.

Wir wissen, daß wir Kriminalität in unserem Land haben; das wird wohl niemand bestreiten. Wir wissen auch, daß es nichtdeutsche Tatverdächtige gibt, daß auch Ausländer Straftaten in unserem Land begehen. Diese Tatsachen werden bei den Kreispolizeibehörden, beim Land und beim Bund gesammelt, statistisch ausgewertet und in der Kriminalstatistik veröffentlicht.

(D)